

POLITISCHER HINTERGRUNDBERICHT

Projektland: Jordanien

Zur aktuellen Lage der Krise in Syrien sowie der Flüchtlinge in Jordanien und im Libanon

Die Proteste, die im Januar des Jahres 2011 in der arabischen Welt ausgebrochen waren, richteten sich gegen eine Reihe autoritärer Regime in Nordafrika und im Nahen Osten. Zu Beginn haben sie nicht nur die Hoffnung geweckt, verkrustete und korrupte Strukturen aufzubrechen, sondern führten in Tunesien, Ägypten, Libyen und im Jemen zur Absetzung oder dem Rücktritt der Staatspräsidenten. Deshalb erschienen Veränderungen bis hin zu demokratischeren Strukturen auch möglich. Seit März 2011 wurden daher auch in Syrien Teile der Bevölkerung ermutigt, gegen das Regime von Staatspräsident Bashar al-Assad aufzubegehren.

Mit Fortdauer der Proteste entwickelte sich das, was voreilig als 'Arabischer Frühling' in Presse und Literatur Einzug gehalten hat, in einer Reihe der oben genannten Länder nicht nur zu einem politischen, wirtschaftlichen und auch gesellschaftlichen Desaster, sondern in Ländern wie Libyen, Jemen und Syrien auch zu dem, was man als Bürgerkrieg bezeichnen muss. Im Irak sind die politischen Auseinandersetzungen und Kämpfe nicht durch die Proteste bedingt. Sie reichen vielmehr bis in das Jahr 2003 zurück. Nach vorübergehender Beruhigung der Lage hat die Gewalt im Irak seit 2012 wieder signifikant zugenommen. Der fortschreitende Zerfall des Staates ist dort nicht weniger zu beobachten als in den vorgenannten Ländern.

Zur derzeitigen Lage in Syrien

In dem Maße, wie sich der Konflikt in Syrien verschärft hat, hat sich die Zahl der Syrer, die ihr Land verlassen haben, erhöht. Waren deren Ziele zu Anfang vor allem Jordanien, Libanon und die Türkei, wurden mit zunehmender Zahl der Flüchtlinge und den Abschottungsmaßnahmen des Libanons und von Jordanien Länder wie Ägypten und der Irak, in deutlich geringerem Maße die Maghreb-Staaten angesteuert. Seit Sommer 2015 sind vor allem die Länder der Europäischen Union, seit September 2015 vor allem Deutschland, bevorzugtes Ziel der Flüchtlinge. Die Zahl derer, die bisher in einem der reichen Golfstaaten Zuflucht gefunden hat, ist als verschwindend gering zu bezeichnen. Die reichen Golfstaaten wollen die Flüchtlinge aus Syrien nicht. Im gleichen Atemzug wollen aber auch die syrischen Flüchtlinge ganz überwiegend

nicht in die Staaten am Golf. Einzig die Vereinigten Arabischen Emirate haben seit 2011 Flüchtlinge in nennenswertem Umfang aufgenommen. Von 100.000 ist die Rede.

Mit jedem weiteren Tag wird die politische, wirtschaftliche und soziale Lage in Syrien katastrophaler und unübersichtlicher. Was 2011 als nationaler Protest gegen das Assad-Regime begonnen hat, entwickelte sich in den zurückliegenden vier Jahren zu einem Konflikt, der inzwischen auf drei Ebenen ausgetragen wird: auf der nationalen – das Assad-Regime gegen die islamistische und sogenannte gemäßigte Opposition, der regionalen – Saudi-Arabien gegen den Iran und zunehmend auch auf der internationalen Ebene – die USA gegen Russland.

Seit dem 30. September 2015, dem Beginn der russischen Luftangriffe in Syrien, hat der Konflikt weiter an Schärfe zugenommen. Dem russischen Kampfeinsatz sollen Abstimmungsgespräche mit dem Iran vorausgegangen sein. Darüber hinaus hält sich hartnäckig das Gerücht, dass der Iran in den zurückliegenden Wochen in größerem Umfang Truppen nach Syrien verlegt habe. Von bis zu tausend Soldaten der Quds-Einheit, der Eliteeinheit der iranischen Revolutionsgarden, ist die Rede. Ihr Kommandeur, General Qassem Suleimani, berät das Assad-Regime bereits seit längerem und ist dabei behilflich, Militäroperationen zu planen.

Wie verworren der Konflikt in Syrien geworden ist, sieht man nicht zuletzt daran, dass sich die Verbündeten der USA inzwischen sogar untereinander bekämpfen.

So fliegt die Türkei seit dem 25. Juli 2015 Angriffe gegen kurdische Stellungen, die im Norden Syriens und des Irak liegen. Gleichzeitig werden die Kurden in Syrien von den USA und im Nordirak von Deutschland unterstützt, da sie die einzigen ernstzunehmenden Kräfte sind, die den Islamischen Staat (IS) auch am Boden bekämpfen

Eine politische Lösung des Konflikts ist damit in noch weitere Ferne gerückt. Das Ausmaß der Gewalt und die Zerstörung syrischer Infrastruktur nehmen weiter zu. Der Zerfall des Staates schreitet fort. Daher ist zu befürchten, dass noch mehr Menschen versuchen werden, das Land zu verlassen. Die Kämpfe der letzten beiden Wochen in Aleppo haben weitere bis zu 100.000 Menschen zur Flucht in die Türkei veranlasst.

Nach übereinstimmenden Angaben galten bereits zu Beginn des Jahres 2015 mehr als 50% aller Krankenhäuser, mehr als 35% aller Häuser und Wohnungen und mehr als 25% aller Schulen als zerstört, schwer beschädigt oder zweckentfremdet. Da die Zerstörungen in den Gebieten, in denen das Regime noch die uneingeschränkte Autorität hat, deutlich geringer sind, bedeutet das, dass die Zerstörungen in den anderen Gebieten deutlich höher sind. Die uneingeschränkte Autorität hat das Assad-Regime gegenwärtig nur noch in rund 30% des Landes. Dort lebt allerdings der überwiegende Teil der Bevölkerung, der bisher noch nicht geflohen ist.

Um den Sturz des Assad-Regimes zu verhindern, damit dessen Einflussgebiet nicht weiter beschnitten wird sowie dem Regime bzw. der religiösen Minderheit der schiitischen Alawiten, der Assad angehört, die Rückzugsoption in die Region um Tartus und Latakia zu erhalten und damit Russland seine teils gerade erst neu errichteten militärischen Anlagen in der vorgenannten Region nicht verliert und nicht zuletzt, um seine Interessen bei der Neuordnung des Nahen Ostens zu wahren, hat sich der russische Präsident für eine militärische Intervention in Syrien entschieden.

Nach Schätzungen verschiedener Organisationen der Vereinten Nationen waren zu Beginn des Jahres 2015 mehr als 12 Millionen Syrer ohne gesundheitliche Versorgung. Die Hälfte davon Kinder. 8 Millionen Syrer sind Flüchtlinge in ihrem eigenen Land. Mehr als 4 Millionen haben das Land inzwischen verlassen.

Die Zahlen des internationalen Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) weisen für Ende 2011 gerade einmal 8.000 registrierte syrische Flüchtlinge auf. Ende 2012 waren es bereits 500.000, Ende 2013 rund 2,30 Millionen, Ende 2014 mehr als 3,2 Millionen und Ende Oktober 2015 mehr als 4,16 Millionen. Bei diesen Zahlen handelt es sich nur um die beim UNHCR registrierten syrischen Flüchtlinge in Ägypten (130.000), im Irak (250.000), in Jordanien (630.000), im Libanon (1.080.000) und in der Türkei (2.070.000). Tatsächlich ist die Zahl der in einigen dieser Länder lebenden Syrer jedoch weit höher. Zum einen, weil sie dort schon vor 2011 gelebt und gearbeitet haben, zum anderen aber, weil sie sich dort aus verschiedenen Gründen nicht als Flüchtlinge haben registrieren lassen.

Jordanien gibt ihre Zahl mit 600.000 bis 800.000 an. In einer ähnlichen Größenordnung werden Zahlen für den Libanon genannt. Die Türkei gibt die Zahl der Syrer, die in ihrem Land als nicht registrierte Flüchtlinge leben, mit rund 200.000 an. Exakt dürfte deren Zahl nicht zu ermitteln sein. Seit Januar 2014 ist die Zahl der in Jordanien registrierten Flüchtlinge nahezu konstant. Seit August 2014 auch im Libanon. Die Gründe dafür sind vielfältig. Ein wesentlicher Grund ist, dass beide Länder ihre Grenzen zu Syrien geschlossen haben und nur noch sehr vereinzelt, in der Regel nur noch Frauen und Kinder, einreisen lassen. Ein weiterer Grund ist, dass gerade aus diesen beiden Ländern immer mehr Syrer wieder zurück nach Syrien gehen. Nicht weil sich dort die Verhältnisse verbessert haben, sondern weil sich für sie die Lebensverhältnisse in Jordanien und im Libanon zum Teil deutlich verschlechtert haben.

Konkrete Auswirkungen auf Deutschland und die Nachbarländer

Die Auswirkungen auf Europa und hier insbesondere Deutschland sowie die Nachbarländer Syriens und hier vor allem auf die Türkei liegen auf der Hand. Wenn es nicht gelingt, den Konflikt in Syrien beizulegen, sondern er sich, wie aktuell der Fall, noch verschärft, dann wird man sich in diesen Ländern auf noch viel mehr Flüchtlinge aus Syrien einstellen müssen.

Vor dem Hintergrund, dass Jordanien und der Libanon ihre Aufnahmekapazitäten ausgeschöpft und ihre Grenzen für syrische Flüchtlinge praktisch geschlossen haben (die Zahl der Zu- und Abgänge gleicht sich in Jordanien seit Monaten nahezu aus), werden die Flüchtlinge vermehrt versuchen, in andere Länder zu fliehen. Schon seit längerer Zeit ist zu beobachten, dass die Tendenz besteht, weniger nach Jordanien, in den Libanon oder in den Irak zu fliehen, sondern eher in die Türkei: Nach Jordanien und in den Libanon nicht, weil es immer schwieriger wird, dorthin zu gelangen. In den Irak nicht, weil auch dort Kämpfe toben und die Sicherheits- und Versorgungslage nicht besser ist als in Syrien. Die Türkei hat wiederholt deutlich gemacht, dass sie mit dem Ansturm syrischer Flüchtlinge zunehmend überfordert ist. Bereits Ende 2013, nachdem eine Million syrischer Flüchtlinge in der Türkei Zuflucht gesucht hatten, droht die Türkei, ihre Grenzen zu schließen. Das hat sie dann doch nicht getan. Ob die Gründe rein humanitärer Natur waren, darüber gehen die Meinungen auseinander. Erst vor drei Wochen hat der türkische Staatspräsident Erdogan bei seinem Besuch in Brüssel noch einmal deutlich gemacht, dass sich die Türkei in dieser Frage im Stich gelassen fühlt. Ob es daher Zufall ist,

dass seit Sommer 2015 mehr als 300.000 überwiegend syrische Flüchtlinge, die fast ausschließlich aus der Türkei kamen, den Weg nach Griechenland und damit in die EU gefunden haben, darf bezweifelt werden.

Zu Beginn des Jahres 2015 lag der Fokus der europäischen Politik noch auf den Flüchtlingen, die vor allem von Libyen aus versucht haben, das Mittelmeer zu überqueren, um die italienische Küste und damit die EU zu erreichen (auf dieser Route flohen bisher überwiegend Menschen, die aus Nord-, Ost- und Westafrika kamen). Die Bilder der rund 2.600 Flüchtlinge, die auf diesem Weg im Jahr 2015 ertrunken sind, haben sich eingebrannt.

Im Sommer 2015 hat sich das Bild gewandelt. Das Foto des ertrunkenen 3-jährigen syrischen Kurdenjungen Aylan Kurdi hat die Welt erschüttert. Am 2. September 2015 wurde seine Leiche an der türkischen Küste bei Bodrum angespült. Er steht stellvertretend für rund 500 weitere Flüchtlinge, darunter viele Frauen und Kinder, die bisher bei ihrem Fluchtversuch im östlichen Mittelmeer ihr Leben verloren haben. Wenn über die Wintermonate, in denen das Meer rauer wird, die Temperaturen sinken und die Überfahrten damit gefährlicher werden, die Zahl der Fluchtversuche nicht deutlich sinkt, davon ist nicht zwangsläufig auszugehen, so ist zu befürchten, dass auch im östlichen Mittelmeer die Zahl derer, die ihr Leben auf der Flucht verlieren, deutlich steigen wird. Dass die Zahl der Fluchtversuche in den kommenden Monaten sinkt, ist als eher unwahrscheinlich zu bezeichnen. Dieses Risiko scheinen viele Flüchtlinge eher bereit einzugehen, als das, dass sich das Fenster wieder schließt, in Europa bzw. in Deutschland Asyl gewährt zu bekommen.

Jordanien und der Libanon sind ohne weitere finanzielle Hilfen nicht in der Lage, noch mehr Flüchtlinge aufzunehmen, zumal knapp 78% der bisher in Jordanien angekommenen Flüchtlinge Kinder und Frauen sind, die einer schulischen und/oder gesundheitlichen Betreuung bedürfen. Die Gesundheitssysteme Jordaniens und Libanons waren und sind bis heute nicht darauf ausgelegt, in kurzer Zeit mehr als 1 Million Menschen zusätzlich zu versorgen, zumal diese zunehmend mittellos werden, weil ihre Ersparnisse aufgebraucht sind. Nur knapp 15% der registrierten syrischen Flüchtlinge leben in Jordanien in Flüchtlingslagern (im Libanon 0%), 85% stattdessen in Städten und Kommunen, vor allem in den drei nördlichen Gouvernements Irbid, Mafraq und Zarqa (im Libanon 100%, vor allem in der Bekaa). Die Probleme in diesen Kommunen sind unendlich: Es gibt zu wenig Wohnraum, der deshalb sehr teuer geworden ist. Es gibt zu wenige Gesundheitszentren, Schulen, Arbeitsmöglichkeiten und einen Mangel an Wasser, Abwasserentsorgung und Energie. Woran es hingegen nicht mangelt, ist Kriminalität und zunehmende Gewalt.

In Jordanien sind rund 350.000 der beim UNHCR registrierten syrischen Flüchtlinge schulpflichtige Kinder, von denen derzeit knapp 100.000 keine Schule besuchen können, weil die jordanische Infrastruktur dafür nicht ausgelegt ist. In den Flüchtlingslagern, in denen nur knapp 100.000 Flüchtlinge untergebracht sind, sind sowohl die Gesundheits- als auch die Schulversorgung weitgehend gewährleistet. Im Libanon können aus dem gleichen Grund mehr als 300.000 der rund 500.000 schulpflichtigen syrischen Flüchtlingskinder keine Schule besuchen. In der Türkei sind es rund 400.000 von insgesamt mehr als 1 Million Kindern.

Ein weiteres Problem ist in Jordanien und im Libanon, aber auch in der Türkei, der Arbeitsmarkt. In Jordanien wurde zu Beginn der Krise noch toleriert, dass die Flüchtlinge auf den Arbeitsmarkt drängten. Da Jordanien aber schon vor der Krise in Syrien mit hohen Arbeitslosenzahlen zu kämpfen hatte und sich diese Zahlen im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise seit 2009 weiter erhöht haben (die jordanische Wirtschaft ist im Zeitraum von 2010 bis 2014 nur noch um durchschnittlich 2,7% pro Jahr gewachsen – bei in etwa 2,5% Bevölkerungswachstum pro Jahr im gleichen Zeitraum), hat mit dem Eintreffen von immer

mehr syrischen Flüchtlingen im Niedriglohnssektor ein Verdrängungswettbewerb eingesetzt. Dies hat die jordanische Politik veranlasst, das Recht der Flüchtlinge auf Arbeit zwar nicht abzuschaffen, aber das Erlangen der notwendigen Papiere für die Arbeitsaufnahme mit so hohen administrativen Hürden und Kosten zu belegen, dass es sich nur noch sehr wenige syrische Flüchtlinge leisten können, um eine solche Arbeitserlaubnis nachzusuchen. Eine Arbeitserlaubnis, die syrischen Flüchtlinge so gut wie nicht mehr gewährt wird, kostet rund 500 Euro pro Jahr. In der Landwirtschaft und im Baugewerbe fand dieser Verdrängungswettbewerb fast ausschließlich unter Ausländern statt (schlecht ausgebildete und billige ägyptische Arbeitskräfte wurden durch vergleichsweise gut ausgebildete, ebenfalls billige syrische Arbeitskräfte ersetzt). Im Dienstleistungssektor war es ein Verdrängungswettbewerb, der im Wesentlichen zwischen Jordaniern und Syrern stattgefunden hat (vergleichsweise teure und weniger gut ausgebildete Jordanier wurden durch billigere und meist besser ausgebildete Syrer ersetzt).

Mit am problematischsten sind die Spannungen, die sich zunehmend zwischen der einheimischen Bevölkerung und den Flüchtlingen aufbauen und immer öfter in Gewalt münden. Die Sorge um die Stabilität Jordaniens und des Libanon ist berechtigt, zumal der Libanon seit mehr als 17 Monaten praktisch ohne politische Führung ist – kein Staatspräsident, eine zerstrittene Regierung und ein beschlussunfähiges Parlament, das sich in den zurückliegenden Monaten nur darauf verständigen konnte, die eigene Mandatszeit um weitere vier Jahre zu verlängern.

Selbst wenn die internationale Staatengemeinschaft mehr Geld zur Verfügung stellen würde, kann nicht ohne Weiteres davon ausgegangen werden, dass Jordanien und der Libanon bereit sind, mehr Flüchtlinge aufzunehmen. Aus den genannten Gründen wird dies sogar bezweifelt. Die laufenden Kosten für die 2015 Betreuung der syrischen Flüchtlinge in Jordanien sind bisher für 2015 lediglich zu rund 45% gedeckt, im Libanon gar nur zu rund 43% und in der Türkei gar nur zu rund 32% (Stand 20. Oktober 2015).

Seit Sommer 2015 ist eine neue Situation eingetreten. Dem Vernehmen nach wollen immer mehr syrische Flüchtlinge, die zunächst nach Jordanien und in den Libanon geflohen sind, diese Länder in Richtung Europa verlassen, nicht auf direktem Weg, sondern über Syrien und die Türkei. Die Flucht vom Libanon direkt in die EU, d.h. nach Zypern, wird offenbar nicht in Erwägung gezogen, obwohl der Seeweg dorthin ein Drittel kürzer ist als der von der libyschen Küste nach Lampedusa. Das kann sich jedoch ändern, wenn die Flucht über die Türkei schwieriger wird.

In Jordanien wurden im August und September 2015 die Schlangen syrischer Flüchtlinge vor der syrischen Botschaft, die nicht weit vom Büro der Hanns-Seidel-Stiftung entfernt liegt, von Tag zu Tag länger. Allein im August und September 2015 sollen dort mehr als 10.000 Syrer Ausweispapiere beantragt haben, die ihnen, dem Vernehmen nach, auch ausgestellt worden sind. Nach Angaben der Flüchtlinge verfolgen sie damit vor allem ein Ziel: In die Europäische Union zu gelangen und dort, möglichst in Deutschland, Asyl zu beantragen. Um die nicht billige Flucht nach Europa finanzieren zu können, sollen deshalb immer mehr Syrer mit der erklärten Absicht nach Syrien zurückkehren, dort ihr verbliebenes Hab und Gut zu verkaufen und sich dann, über die Türkei, auf den Weg Richtung Europa zu machen.

Wer über die finanziellen Mittel verfügt, fliegt direkt von Jordanien bzw. vom Libanon aus in die Türkei, zumal Syrer für die Türkei kein Visum benötigen.

Empfehlungen an die Politik

Der Westen hat viel zu lange darauf gehofft, dass die Krise in Syrien ohne eigenes Zutun beigelegt bzw. überwunden werden kann und die Nachbarländer den Ansturm der Flüchtlinge bewältigen können. Dabei zeichnete sich seit den beiden gescheiterten Friedensmissionen der Arabischen Liga und der Vereinten Nationen sowie dem Rücktritt der beiden UN-Sondergesandten Kofi Annan (im August 2012) und Lakhdar Brahimi (im Mai 2014) ab, dass dies wenig wahrscheinlich ist. Zwar wurde der Machtbereich Assads über die Jahre immer kleiner, eine realistische Chance auf seinen Rücktritt hat aber so wenig bestanden, wie die Chance, das von ihm geführte Regime militärisch zu besiegen. Zumal im Laufe der Zeit mit der Hisbollah, dem Iran, dem IS, Saudi-Arabien, der Türkei und zuletzt Russland, immer neue Akteure auf den Plan traten die zum Teil sehr unterschiedliche Ziele verfolgen.

Die Angriffe, welche die Internationale Allianz seit September 2014 gegen den IS fliegt, haben das weitere Ausbreiten des IS zwar verhindert, seinen Machtanspruch, Einfluss und seine Machtausübung, die sich in Syrien auf aktuell knapp 50% des Staatsgebietes und über rund 15% der syrischen Bevölkerung erstreckt, hat es jedoch nicht eingeschränkt. Die Aussagen vieler geflohener Syrer, dass sie nicht wegen der Gewalt des IS, sondern wegen der Gewalt des Assad-Regimes geflohen seien, machen deutlich, dass der Kampf gegen den IS nicht ausreicht, um die Situation in Syrien zu stabilisieren. Zumal der IS allein durch Luftangriffe nicht zu besiegen sein wird und der einzige ernstzunehmende Akteur, der den IS auch am Boden bekämpft, die kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) der Partei der Demokratischen Union (PYD), von der Türkei bekämpft werden.

Mindestens genauso wichtig ist es, dass die Kämpfe zwischen dem Assad-Regime und der bewaffneten syrischen Opposition sowie das Tyrannisieren der syrischen Bevölkerung durch die willkürlichen Angriffe des Regimes ein Ende finden. Solange dies nicht gelingt, dürfte der Einfluss des IS nicht einzudämmen sein. Noch viel weniger wird er zu besiegen sein. Gespaltene Gesellschaften bzw. sich auflösende staatliche Strukturen sind gerade das, was der IS für sein „Fußfassen“ und Erstarren braucht, wie man im Irak, im Jemen und in Libyen sehen kann.

Mit dem Einrichten von Flugverbotszonen innerhalb der Grenzen Syriens zu Jordanien, zum Libanon und zur Türkei – das macht allerdings die Zustimmung Russlands und Chinas im UN-Sicherheitsrat notwendig, da es sich hierbei um einen Einsatz nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen handelt – wäre es beispielsweise möglich, sichere Rückzugsgebiete für die syrische Bevölkerung zu schaffen und so viele der Probleme zu vermeiden, mit denen man in den Nachbarländern konfrontiert ist. Damit würde eine wesentliche Fluchtursache wegfallen.

Die USA, ohne die ein solches Vorhaben nicht realisierbar sein dürfte, scheinen nach ihren Erfahrungen in Afghanistan und im Irak allerdings zu einem solchen militärischen Engagement bisher nicht bereit. Ohne die USA dürfte das Einrichten von Flugverbotszonen, wie in den Jahren 1997 bis 2003 im Nordirak geschehen, nicht umzusetzen sein (ausgehend von drei Flugverbotszonen an den Grenzen zu Jordanien, zum Libanon und zur Türkei, könnten beispielsweise die USA, die NATO und Russland je eine dieser Flugverbotszonen überwachen). Die UN-Organisationen könnten die Flüchtlinge in den so überwachten Gebieten von den jeweiligen Nachbarländern aus

mit allem versorgen, was diese zum Leben brauchen, bis hin zum Aufbau einer angemessenen Infrastruktur in Form von Schulen, Gesundheitszentren oder Krankenhäusern. Entsprechende Forderungen hört man nicht nur von den am meisten unter der Flüchtlingslast ächzenden Nachbarländern, sondern immer öfter auch von den Flüchtlingen selbst.

Die Beilegung des Konflikts in Syrien macht es spätestens mit dem Eingreifen Russlands in die Kampfhandlungen notwendig, von der Forderung des sofortigen Rücktritts Assads Abstand zu nehmen. Ein Waffenstillstand, geschweige denn eine Einigung, dürfte ohne die Einbeziehung Assads nicht zu erreichen sein. So sehr das auch Unbehagen verursacht.

Folgende Maßnahmen sollten daher ergriffen bzw. in Erwägung gezogen werden:

1. Das Führen von Gesprächen (mit allen am Konflikt in Syrien Beteiligten, d.h. mit den USA und Russland, mit Saudi-Arabien und dem Iran sowie mit dem Regime und der syrischen Opposition) mit dem Ziel, in Syrien möglichst schnell einen umfassenden oder zumindest partiellen Waffenstillstand zu erreichen, damit humanitäre Hilfe in Syrien geleistet werden kann. In diesem Zusammenhang ist auch die Initiative des UN-Sondergesandten Staffan de Mistura stärker als bisher zu unterstützen, der bemüht ist, einen innersyrischen Verständigungsprozess auf den Weg zu bringen.
2. Die Intensivierung der Bemühungen für eine dauerhafte politische Lösung des Konfliktes in Syrien.
3. Die Bereitstellung von mehr finanziellen Mitteln über die UN-Organisationen UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees), UNICEF (United Nations International Children's Emergency Fund) und FAO (Food and Agriculture Organization) für die Länder, die nach wie vor die Hauptlast der Syrienkrise tragen, damit die Flüchtlinge in diesen Ländern besser versorgt werden können und sich nicht noch mehr Menschen mit dem Gedanken tragen, die bisherigen Aufnahmeländer Richtung Europa zu verlassen.
4. Für den Fall, dass die Verhandlungen für einen Waffenstillstand in Syrien nicht zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht werden können, sollte die Möglichkeit der Einrichtung von Flugverbotszonen geprüft werden (durch Gespräche mit den ständigen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrats).
5. Die stärkere Unterstützung der Kräfte in Syrien, die als gemäßigte Opposition bezeichnet werden (diese nicht-islamistischen Aufständischen dürften im Wesentlichen arabische Sunniten sein). Dazu gehören auch die Kurden, die von der Türkei zunehmend bekämpft werden.
6. Die Fortsetzung des Kampfes gegen die islamistisch-jihadistischen Gruppen in Syrien, vor allem den sogenannten Islamischen Staat (IS), wobei dieser nicht auf die

Luftangriffe der Internationalen Allianz beschränkt bleiben darf, da der IS damit nicht zu besiegen sein wird

Autor: Thomas Gebhard, Auslandsmitarbeiter der Hanns-Seidel-Stiftung in Amman, Jordanien

IMPRESSUM

Erstellt: November 2015

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2015

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzende: Prof. Ursula Männle, Staatsministerin a.D.,

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Dr. Susanne Luther, Leiterin des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: iiz@hss.de, www.hss.de